Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 136. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 21. März 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (20. März).

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertische die Herren v. Bodelschwingh und v. Roon. — Reg.-Commissare: Geheimer Rath Mölle und Major Hartmann.

Präsident Grabow theilt mit, daß der Abg. Twesten erkrankt ist. Die Commission von 14 Mitgliedern zur Berathung des Wagner'schen Antrags (der sich an die Denkschrift des königstreuen Vereins in Görlitz knüpft) hat sich in folgender Weise constituirt: Waldeck (Vors.), Bering (Stellvertr.), Lasker (Schriftf.), v. Bunsen (Stellv.), Dr. Becker, Dr. Langerhans, Otto, Dr. Hammacher, Faucher, Groothe, Osterrath, v. Proff-Irnich, Graf Strachwitz und Rösler.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Fortsetzung der Berathung des allgemeinen Berichts der Budget-Commission (Abschn. XVI. Kriegs-Ministerium). Zuerst erhält das Wort der

Abg. v. Vincke (gegen den Commissions-Bericht): Ich glaube, meine Stellung zur Militärfrage ist Ihnen, m. H., bekannt; ich habe vom ersten Augenblicke an die Grundsätze der Reorganisation in ihren wesentlichen Punkten für nothwendig erachtet, dabei aber wohl erkannt, daß sie für das Land eine große Belastung sei und habe deshalb gestrebt, ihm diese möglichst zu erleichtern. Ich beklage, daß die Frage immer mehr eine Parteifrage geworden ist und daß man von beiden Seiten zwar Worte der Versöhnung hört, aber keine Thaten sieht, weder von Seiten der Regierung, noch des hohen Hauses, denn ich kann auch den Bericht nicht als einen Schritt des Entgegenkommens betrachten, sondern als einen, der den Conflict noch verschärft. Ich erkenne an, daß der Bericht sehr maßvoll gehalten ist, aber er kann nur eine große Agitation im Lande hervorrufen, freilich eine friedliche und keine revolutionäre. Dazu will ich nicht beitragen. Die Agitation ist gegen das budgetlose Regiment, die Reorganisation und das gegenwärtige Ministerium gerichtet; sie erschiene vielleicht gerechtfertigt, wenn es dadurch gelänge, das Ministerium zu beseitigen; ich bin aber überzeugt, daß sie diese Wirkung nicht hervorbringt. Ich kann eine Agitation nur unterstützen, wenn sie aegründet ist.

Schon früher habe ich die von der Commission aufgestellten Ziffern und daraus gezogenen Schlüsse als nicht zutreffend bezeichnet; denn bei dem rasch gestiegenen Wohlstande erscheint eine Zunahme von 4 Sgr. pro Kopf von den directen und indirecten Steuern (seit 1849) nicht als eine Belastung. Einem Staate wie Preußen muß es darauf ankommen, die moralische Kraft, die Opferwilligkeit zu stärken; wem aber anhaltend vorgeredet wird, daß er belastet sei, der glaubt es am Ende selbst. Ein Redner jener Seite (der Linken) hat neulich die Krone den Kitt des preußischen Staates genannt. Dem stimme ich bei. Unser Staat ist kein naturwüchsiger, sondern durch den Geist und das Schwert groß und mächtig geworden und durch die Eigenschaften, welche die preußische Dynastie besaß und besitzt: eine ungemeine Zähigkeit, großen Trieb selbst, zu regieren und eine Vorliebe für das Heer. So lange diese Dynastie besteht, wird auch keine Hausmeierei in Preußen bestehen. Der wachsende Wohlstand Preußens hat die Mittel geboten, sich zu erholen und zu kräftigen, dennoch aber steht Preußen hinsichtlich der Stärke seiner Armee noch lange nicht mit anderen Staaten gleich. Im Jahre 1828 betrug die Stärke der französischen Armeen 159,000 Mann, der preußischen 130,000 Mann; 1836: 274,000 und 134,000 Mann; 1844: 344,000 und 134,000 Mann; 1853: 400,000 und 139,000 Mann und wenn nun die Reorganisation die preußischen Armeen auf 200,000 Mann bringt, so ist die französische immer noch um 200,000 Mann stärker, als die preußische. In Frankreich kostet die Erhaltung der Armee 4 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. pro Kopf, in Preußen nur 2 Thlr.

Der ursprünglich von der Regierung vorgelegte Reorganisationsplan ging wohl etwas weit, die Regierung hat aber manche von ihren Forderungen nachgelassen und das Land fühlt sicherlich die Wohlthat, daß bei einem Kriege die älteren Jahrgänge der Landwehr geschont werden können. Mir steht die Machtstellung Preußens so hoch über jeder Parteifrage, da sich jedes Ministerium, ob befreundet oder nicht, in der Reorganisationsfrage unterstützen werde. Vergleiche ich die Stimmung der Zeit, in der die Reorganisation vorgelegt wurde, mit der heutigen, so sehe ich als Unterschied nur die Folgen einer Agitation, die ihren Zweck erreichen will, ohne der Sache selbst Rechnung zu tragen. Ich kann also nicht so weit gehen, wie die Commision es in ihren Anträgen thut; eine wirkliche Umgestaltung der Organisation ist nicht möglich. Nach meiner Ueberzeugung würden wir weiter kommen, wenn wir der Regierung heute entgegenkämen. Ein Monarch, der ein Land übernommen, welches durch Geist und Schwert groß geworden, wird festhalten an der Reorganisation, die er für die Machtstellung des Staates als unbedingt nothwendig erachtet. (Der Redner ist sehr schwer und nur stellenweise verständlich.)

Abg. Reichensperger: Ich kann mich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Ansichten, Ausführungen und Anträge des allgem. Berichts unrichtig und nur dazu geeignet sind, einen feindseligen Eindruck im Lande hervorzurufen. Ich halte fest an dem Grundgedanken, daß die Reorganisation der Armee im Lande Zustimmung gefunden und diese auch von Seiten der Landesvertretung verdiene, 1., weil ich meinerseits die Nützlichkeit der Maßregel anerkenne, ja dieselbe durch eine Schonung der älteren Klassen als eine Wohlthat für das Land halte; 2., weil ich das größere Maß von Sachkenntniß bei der Regierung voraussetzen muß; 3., weil ich in dieser Sache das Recht der Krone besonders hoch anschlage. Ich spreche nicht von dem Kitt, als welchen man die Krone hier bezeichnet hat; (Heiterkeit.) ich sage, der Staat Preußen ist im Wesentlichen das Werk seiner Könige, die Dynastie ist das Lebensprinzip und der Schwerpunkt des Staatslebens. Wenn dies im Allgemeinen das Grundprinzip constitutioneller Länder ist, so gilt es noch viel mehr für Preußen; und aus hundert persönlichen, sachlichen, geschichtlichen Gründen muß man bei uns der Krone das volle Recht gerade in der Militärfrage wahren. Daraus darf indessen noch nicht der Schluß gezogen werden, daß die Militärfrage ein „noli me tangere" ist, wie man dies auf der Ministerbank zu glauben scheint. Es ist durchaus unrichtig und gefahrvoll, die Opposition um jeden Preis nur von der Militärfrage ab- und auf andere Gebiete hinzulenken.

Das Hervortreten scharfer Gegensätze ist, wo die Landesvertretung in solchen Fragen mitzusprechen hat, ganz unvermeidlich. In Wahrheit darf kein Factor der Gesetzgebung das Recht der Ueberordnung für sich und das der Unterordnung für die anderen Factoren fordern. Fordert es die Krone, so haben wir den monarchischen, fordert es das Haus, so haben wir den demokratischen Absolutismus. So bleibt nichts übrig, als das Prinzip des Compromisses, der Transaction, der Verständigung. Das mag ein Uebelstand sein, aber es ist unerläßlich. Beide Seiten haben das auch bereits anerkannt, denn jede sagt, ich will entgegenkommen. In dem Militärbudget freilich kann ich ein solches Entgegenkommen nicht finden. Die Regierung stützt sich bei den großen Erhöhungen des Etats auf keinen anderen Rechtstitel, als auf die Bewilligung des Militäretats im Extraordinarium im Jahre 1861. Das Ministerium sagt, es habe den jetzigen Zustand nicht geschaffen, es habe die Reorganisation vorgefunden und das ist richtig. Das Ministerium, dem der Abgeordnete für Anklam angehörte, hat die Reorganisation eingeführt, die Fahnenweihe, womit dieselbe feierlich abgeschlossen, vor sich gehen lassen, sein „Nein" dagegen nicht gesprochen. Wenn es wahr ist, daß nur die Organisation, nicht der Conflict dem jetzigen Ministerium von seinen Vorgängern übergeben worden, so ist es auch wohl wahr, daß Reorganisation und Conflict zusammengehörten, und das ist doch unleugbar, daß die Mitglieder des vorigen Ministeriums die Rückgängigkeit der Reorganisation selbst nicht für möglich gehalten haben. Zwei folgende Kammern haben kein Wort gegen die Reorganisation gesagt. Erst im September 1862 strich die Kammer die Kosten für die Reorganisation und verlangte damit etwas absolut Unmögliches, also etwas Unvernünftiges. (Widerspruch links. Zur Ordnung!)

Präsident Grabow: Der Ausdruck „unvernünftig" ist, auf einen Beschluß der Kammer bezogen, denn doch nicht parlamentarisch.

Abg. Reichensperger (fährt fort): Ich sprach nur von einer logischen Consequenz ohne verletzende Absicht, ich werde daher mit einem unverfänglicheren und in dem Sprachgebrauch recipirten Ausdruck sagen, die Kammer faßte einen irrationellen Beschluß. Die Regierung hat darum aber keinen genügenden Rechtstitel für die Fortleistung der erhöhten Ausgaben; sie hat meines Erachtens nach die Pflicht, dem Gedanken zu entsprechen, in welchem die Wünsche des Landes und des Hauses zusammentreffen in der Reducirung des Präsenzstandes der Armee, bei weiterer Rücksicht auf die Erhöhung des Soldes, auf die Mittel für Festungsbauten und Marine. Ein thatsächliches Entgegenkommen in dieser Richtung vermisse ich. Ich gebe zu, daß das Ziel der Regierung die Erhöhung der Machtstellung Preußens ist, und theile die darauf bezüglichen Bestimmungen. Aber diese Machtstellung hängt nicht allein von der Höhe des Präsenzstandes im Frieden ab. Ich weiß und habe es oft gesagt, daß das Haus nach meiner Ansicht in seinen Beschlüssen zu weit gegangen ist, daraus erhellt aber kein Grund für die Regierung, aus der Rechtsfrage eine Machtfrage zu machen. Es liegt eine große Gefahr darin, wenn man auch die Gemäßigten im Lande, nicht nur die politisch Erregten nöthigt, sich zurückzuziehen und dahin kommt man, wenn man berechtigte Wünsche des Landes unbeachtet läßt. Möglich, daß in der bisherigen Haltung des Hauses ein Irrthum lag, dann ist die Aufklärung des Irrthums um so mehr gebotene Pflicht. Ich gebe mich darum der Hoffnung hin, daß die Regierung diesen Wünschen Rechnung tragen und so die thatsächliche Versöhnung herbeiführen wird.

Abg. v. Saucken-Tarputschen: M. H.! Ich muß mit Bedauern constatiren, daß ich höchlichst verwundert war, den Hrn. Abg. v. Vincke in seinen Auseinandersetzungen fast vollständig in die Fußtapfen des Hrn. Ministers des Innern treten zu sehen. Er hat mit Emphase davon gesprochen, daß unsere Aeußerungen, die wir in dem Bericht niedergelegt haben, nur ein Agitationsmittel wären. Ja, m. H., in einem andern Sinne, wie er, acceptire ich das. Wir haben die festeste Ueberzeugung, daß unsere Klagen vollkommen gerechtfertigt sind, und wenn darauf eine Agitation im Lande folgt, wenn das Volk immer mehr und mehr mit uns durchdrungen wird von der Ueberzeugung, daß die Aenderung der Zustände, auf die wir hinweisen, nothwendig ist, dann freue ich mich dessen und bin stolz darauf, die Agitation hervorgerufen zu haben. (Bravo! Sehr wahr!) Der Hr. Vorredner hat ferner unter Hinweis auf die persönlichen Sympathien Sr. Maj. des Königs die Reorganisation eben deshalb als unwiderruflich hinzustellen gesucht. M. H.! Auch im Jahre 1806 ist man in den Krieg gegangen mit einer damals auch glücklich gefundenen Einrichtung, und wie lange hat diese vorgehalten? Der schleswig-holsteinische Krieg ist wahrlich nicht wegen der Militär-Reorganisation, und nur durch sie glücklich geführt worden. Dieser Grund für die Aufrechthaltung der Reorganisation, den der Hr. Vorredner heute wiederum vorbrachte, ist längst als unzulänglich abgethan. — M. H.! Lassen Sie mich noch auf ein Wort zurückkommen. Der Hr. Kriegsminister ist der Ansicht, daß die Staatsregierung etwas ihrer Würde vergebe, wenn sie den Forderungen des Hauses, den berechtigtigten Wünschen der Landesvertretung nachgäbe. M. H.! Es würde das keine Schwächung ihres Ansehens sein, wenn sie uns entgegenkäme. Eine Regierung ist nun und nimmermehr stark, wenn sie gegen den Willen des Volkes handelt. (Bravo!)

Kriegs-Minister v. Roon. M. H.! Ich habe ums Wort gebeten, nicht um den Rednern, welche eben gesprochen, zu antworten, nicht um zu widerlegen, sondern um eine Meinung auszusprechen über die Frage, welche gegenwärtig im Hause diskutirt wird. Es sind nach meiner Auffassung verschiedene Excurse gemacht nach allen Seiten hin, auf das politische Gebiet hinüber. Ich glaube aber, der Moment, meinerseits diesen Excursen zu folgen resp. ihnen entgegen zu treten, ist für noch nicht gekommen. Die Anführungen, Behauptungen und Anträge des Vorberichts sind, soweit sie mein Ressort betreffen, gegen die jetzige Heeres-Verfassung gerichtet. Sie greifen namentlich die finanziellen Seiten desselben an, und darüber allein will ich sprechen, nicht über die politischen Tendenzen des Vorberichts, so verlockend das auch für mich sein mag und so sehr ich auch dazu aufgefordert bin. Die Bedenken gegen die Höhe der Ausgaben für den Militär-Etat sind gerichtet entweder gegen die einzelnen Positionen oder gegen das Product derselben. Die Ersteren sind noch gegenwärtig gar nicht berathen worden, sie sind sogar hier — ich weise namentlich hin auf die Position über die Löhne der unteren Grade — als die kleinen bezeichnet worden: eine Ansicht, der auch die königl. Staats-Regierung vollständig beitritt; eine Ansicht, die sie seit Jahren bewegt und dazu gebracht hat, eine Aufbesserung dieser Grade in feste Aussicht zu stellen.

Es wird also behauptet, die Armee sei zu stark und darum die Ausgaben für dieselbe zu groß, sie seien für Preußen unerschwinglich. Der Etat ist nur mit der Friedensstärke berathen. Ist denn aber Preußens Friedens-Armee in der That zu groß? Diese Frage wird wesentlich darüber entscheiden, ob die betreffenden Aeußerungen und Anträge des Vorberichts begründet sind oder nicht. Ich will diese Frage beantworten nicht vom Standpunkte des Kriegsministers, sondern von dem des Staatsministers. Eingeweihte und Unbefangene werden mir glauben, wenn ich hervorhebe, daß die Aufstellung des Staatshaushalts-Etats erst erfolgt nach langer und schwieriger Verhandlung zwischen den einzelnen Ressorts und zwischen dem Hrn. Finanzminister. Bei Differenzen zwischen einem der Ressortchefs und dem Hrn. Finanzminister wird Recurs an das Staatsministerium genommen. Die Staatsminister würden sich dann zunächst auszusprechen haben, wenn der Kriegsminister zu exorbitante Forderungen machte und wenn der Finanzminister ihm deswegen Opposition machte. Glücklicherweise kommen dergleichen Controverse selten vor. (Heiterkeit.) Wenn die Herren, welche ein Lächeln nicht unterdrücken können, sich bei dieser Gelegenheit an einen gewissen Brief erinnern, so muß ich bemerken, daß dergleichen Briefe in einer gewissen Zeitperiode dutzendweise geschrieben werden und nicht blos an den Kriegsminister.

Dies also ist die Form, in welcher Ansprüche und Gegenansprüche der verschiedenen Ressorts gegen einander abgewogen werden. Wenn also gesagt und geschrieben worden ist, der Kriegsminister gehe aus diesem Kampfe stets als Sieger hervor und wäre im Stande, vor seinen trauernden Collegen alle Ansprüche zu befriedigen, so ist das ein Wahngebilde; das verträgt sich durchaus nicht mit der Wirklichkeit, sondern weil die Staatsminister in ihrer Totalität die Höhe des Haushalts, wie sie proponirt worden ist, für zweckmäßig und gerechtfertigt erachtet haben, ist ein Etat mit solchen Sätzen für die Militär-Verwaltung dem Hause vorgelegt worden. Wenn Sie nachfragen in den betreffenden Ressorts, auch in dem meinigen, so werden Sie ganz andere Aeußerungen hören über den Einfluß und die Macht des Kriegs-Ministers und über seine Ansprüche. Ja, ich kann behaupten, daß der Kriegsminister in den vorhergegangenen Jahren übermäßig knapp gehalten worden ist. (Verwunderung und Heiterkeit). M. H., diese Heiterkeit ist keine Widerlegung; ich spreche nicht von den letzten zwei, drei Jahren, sondern von den 50, die der Reorganisation vorangegangen sind. Ich kann Thatsachen anführen, die das beweisen, die mir selbst das schwerste amtliche Bedenken machten, weil man sich in Illusionen wiegte, weil man aussprach, wir sind für alle Welt gerüstet, fertig zum Kriege, und zwar dies aus Rücksicht für die Schonung der Finanzen.

Wenn eine Regierung erkannt hat, daß man endlich aus solchen provisorischen Zuständen heraustreten müsse, dann thut sie nur, was ihr die eigene Verantwortlichkeit gebietet. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich hier alle diese Schwächen, an denen unsere Militärverfassung gelitten hat, und zwar um Schonung der finanziellen Mittel willen, vor Europa aufdecken soll. Das konnte so gehen, so lange das alte Europa in seinen Fugen war, später konnten jedoch nicht schnell genug Vorkehrungen getroffen werden, die eingetretenen Strömungen und Wallungen der Zeit siegreich zu bestehen, und um zugleich auch allen Chancen glücklich entgegentreten zu können, die vielleicht die nahe Zukunft brächte. Dem gegenüber hatte die Regierung keine heiligere Pflicht, als endlich aus diesen illusorischen Zuständen zu den realen Verhältnissen zurückzukehren. Man sagt: Preußens Armee ist zu groß, das Land kann die Reorganisation nicht ertragen. Ich will hierauf mit einigen Zahlen antworten, die nach meiner Auffassung doch solche Behauptungen als unsicher darthun. (Der Redner giebt eine Zusammenstellung der verschiedenen Prozentsätze der Etatsausgaben für das Militär mit Rücksicht zugleich auf die Zunahme der Bevölkerung in den Jahren 1820 bis 1824 und seit 1859.) — Die Stärke der Friedensarmee wird bedingt und hängt ab von der Stärke des Kriegsheeres, das man dem Feinde entgegenstellen will, und ferner von der Organisation des Systems, nach welchem die Friedensarmee auf die Kriegsstärke gebracht werden kann.

Die Prinzipien des Letzteren sind natürlich bei einem Werbe- und Stellvertreter-System oder bei einem gemischten System, wie in Oesterreich und Frankreich, ganz andre, als bei uns, und man kann bei solchen Heeres-Verfassungen zu sehr großartigen Reductionen schreiten, aber es können eben die Verhältnisse des Militärwesens, die allein eine solche Reduction möglich machen, in keiner Weise mit den unsrigen verglichen werden. Die Kriegsstärke aber, die nun hier als bestimmendes Moment angesehen werden muß, hängt ab von den Kriegsmitteln des Feindes und von der Natur des eignen Landes, von der eignen Waffenfähigkeit, wie von der des Feindes und von den militärischen Eigenschaften eines Volkes überhaupt. Alle diese Momente sind maßgebend für die Bestimmung der Stärke des Kriegsheeres. — Gehen wir nach diesen allgemeinen Erwägungen über zu dem thatsächlichen Stande unserer Armee. Unsere Friedensarmee zählt in diesem Augenblicke 194,000 Combattanten mit Ausschluß der Handwerker, der Beamten und Offiziere. Diese Zahl ist die richtige. Unsere Armee ist eine große Kriegsschule, eine Volksschule für die Waffenfertigkeit der Armee, und es kommt darauf an, zu wissen und festzustellen, wie viele Schüler alljährlich durch diese Schule gehen müssen, um schließlich die Kriegsstärke zu liefern, deren wir zur Behauptung unserer Freiheit und Unabhängigkeit bedürfen. Wenn man auch die Zahl von 200,000 Köpfen für die Friedensarmee annehmen will, so beträgt dieselbe doch nicht mehr als ungefähr 10 pro mille, sie hat aber betragen im Jahre 1822 elf pro mille, im Jahre 1832 zehn pro mille, früher im Jahre 1816 sogar 12½ pro mille. Wir haben also bis 1832 relativ immer die jetzige Armeestärke unterhalten und damit nicht mehr und nicht minder gethan, als heute die Regierung von Ihnen verlangt. Wenn nachher bei dem Wachsen der Bevölkerung die relative Stärke der Armee mehr und mehr heruntergegangen ist, — im Jahre 1859 sogar bis auf 8½ pro mille, — so folgt daraus noch keineswegs, daß dies Verhältniß gerade das normale ist.

Die Friedensstärke blieb dieselbe, aber die Bevölkerung wuchs in rapider Weise, wie das hoffentlich auch ferner geschehen wird. Wenn wir die damalige Friedensstärke von 151,000 Mann vergleichen mit der heutigen Bevölkerungszahl von 19¼ Millionen, so kommen wir sogar auf eine Verhältnißzahl von 7¾ pro mille. Ist das nun die Normalzahl? Meine Herren, ich glaube, daß ein solcher Procentsatz in keiner Weise maßgebend sein kann. Es war weder der höhere von 1816, noch dieser geringe von 1859 der maßgebende. Die Stärke der Armee wird durch jene vorhin erwähnten Momente bestimmt. Durch die relative Stärke der Armee und der Bevölkerung wird ausgedrückt, wie stark der Anspruch an die volkswirthschaftlichen Kräfte ist, welche das Aufrechterhalten der bewaffneten Macht für nöthig erscheinen lassen. Diese Bedeutung hat dieselbe unter allen Umständen, und da ist es wohl gerechtfertigt, wenn man sich umsieht, was denn andere Länder in dieser Beziehung dem Unterthanen zumuthen. — Die Behauptung, daß mit der wachsenden Bevölkerung die Nothwendigkeit gegeben wäre, auch die Friedensstärke der Armee zu verdoppeln, hat noch Niemand aufgestellt. (Der Kriegsminister verliest mehrere Stellen aus einem Werke des Feldmarschalls Boyen und fährt dann fort:) „Die Vertheidigung des Vaterlands", sagt Boyen an einer anderen Stelle, „ist eine eben so heilige Pflicht, als eine Ehrensache, und bei einer solchen soll man nicht knausern. Die Stärke der Friedensarmee soll kein Luxusgegenstand sein, sondern dem Zwecke entsprechen, nichts darüber hinaus, aber das ganz." (Hört! hört!) M. H., Macht giebt Macht, wie Vermögen wieder Vermögen giebt. Wer seine Macht wachsen sehen will, muß nicht den Glauben erwecken, daß sie hinfällig sei, wie der Kaufmann sein Vermögen nicht vervielfältigen kann, wenn sein Credit schwach ist. Preußen ist der kleinste und schwächste der europäischen Großstaaten.

Wünschen Sie darum, daß es auch die kleinsten und schwächsten Machtansprüche machen soll? Ich bin überzeugt, darauf ein einstimmiges, kurzes und bestimmtes „Nein" zu hören, nicht blos in diesem Hause, sondern im ganzen Lande. Wenn wir die Natur unseres Vaterlandes und die der möglichen Kriegstheater betrachten, so wird dadurch ein Factor bezeichnet, der die Stärke unserer Armee mit bestimmt. Wir haben unverhältnißmäßig lange Grenzen, nirgend ist ein natürlicher Schutz, das Land ist zerrissen, hat übermächtige Nachbarn. Ueberall liegt die Mahnung, nichts zu versäumen, um auch dem feindseligen Nachbar mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten zu können. Mit Recht ist gesagt, daß gerade seiner Kleinheit, seiner geringen Machtfülle wegen, Preußen ein verhältnißmäßig großes Opfer bringen müsse für die Erhaltung seiner Armee und seiner Stellung. Man hat darauf geantwortet, Preußen könne nicht mit Oesterreich, Frankreich und Rußland concurriren. Das ist wahr; wir dürfen aber auch das Kriegsheer, welches wir dem Feinde entgegen stellen wollen, nicht von Hause aus so knapp zuschneiden, daß wir gar keinen glücklichen Erfolg voraussetzen können. Nun wird aber die Stärke des Heeres im Felde wesentlich bestimmt durch die Stärke des Friedensheeres, und dieses ist die Hauptbildungsschule der Nation für den Krieg, und muß dies bleiben auch beim Wachsen der Bevölkerung. Das war einer der Hauptgedanken der Reorganisation.

Das Gesetz bestimmt: „Jeder Preuße ist wehrpflichtig", soll nun aber jeder Preuße wehrpflichtig sein, so muß er auch wehrfähig sein, er muß im Stande sein, seine Pflicht zu thun. Meine Herren, wir sprechen mit Selbstgefühl von unserem Volksheere, aber ich glaube, es wird erst recht ein Volksheer sein, wenn es im Stande ist, seine Aufgabe für das Volk zu lösen, die ihm durch die Verhältnisse gestellt ist. Um die Nation wehrhaft zu machen, muß sie eine Schule der Wehrbarkeit durchlaufen, das sind die Cadres, deren Zahl bedingt ist durch die Stärke des Kriegsheeres und die Zahl der Schüler, welche durch diese Schule geh'n sollen; ohne eine gewisse akademische Größe können sie ihren Zweck nicht erfüllen. Nachdem die nothwendige Vermehrung der Cadres stattgefunden, setzte die Regierung aus Schonung der Finanzkraft des Landes, die Zahl der Combattanten des Bataillons auf 518, als auf das mögliche Minimum herab. Meine Herren, Sie werden von Preußen nicht verlangen, daß es seine Modelle bei seinen immerhin sehr achtbaren, aber kleinen Nachbarn suche. Ich bin überzeugt, daß ein Theil meiner Zuhörer nicht aus Antipathien gegen das Ministerium seine Beschlüsse faßt, nach denen er in dieser Frage votirt; aber zur Berichtigung der Ansichten über die Sache, konnte ich mir diesen akademischen Vortrag nicht ersparen. Man hat die Ausbildung unseres Soldaten pedantisch gescholten und als auf den Paradedienst berechnet bezeichnet.

Meine Herren, in allen diesen äußeren Dingen ist ein tieferer Grund, wenn ihn auch der Laie nicht immer sieht. Der Soldat muß ein Theil der Kriegsmaschine sein, von der er ein Glied ist, er kann nicht mit der philosophischen Selbstbestimmung sein Handwerk üben, mit der jeder von Ihnen, meine Herren, seine Schritte und Entschlüsse leitet. Die Zahl der Cadres kann nur Technik und Erfahrung bestimmen, und wir haben das Friedens-Heer mit Berücksichtigung unser organischen Gesetze und unserer Kriegsverfassung so formirt, wie der Landtag es weiß, und damit hängen auch die finanziellen Forderungen zusammen. Die wesentlichen Punkte der alten und der neuen Heeres-Verfassung sind dieselben, nichts ist verändert worden als die Grenze der Abstufungen der Verpflichtung für den Dienst in der Armee. Nur ungern berühre ich die Frage von der Dauer der Dienstzeit. Die Ueberzeugung der Regierung von der gesetzlichen Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit hat sich nicht verändert. Um diese Frage zu beurtheilen, dürfen wir wiederum unser Muster nicht in den kleinen befreundeten Nachbaarstaaten, sondern in den großen, mit denen wir in Kriege verwickelt werden können, suchen. Nun verlangen wir keine 8jährige Dienstzeit, wir wollen uns nur in Betreff der 3jährigen nicht die Hände binden lassen. Das Institut der Landwehr- und Reserve-Rekruten war nur ein Nothbehelf. Die Landwehr wollen wir nicht beseitigen, weil Preußen sie gar nicht entbehren kann. Die Regierung will nur dies Institut in seine natürlichen Beziehungen zum Lande versetzen.

Wenn sie jetzt 2 Jahrgänge davon abtrennt und der Reserve zuführt, so wird dadurch der Einzelne nicht belastet. Die Landwehr aber, das ist die Ueberzeugung der Regierung, die sie durch Nachdenken und Erfahrung gewonnen hat, kann unseren schlagfertigen Nachbaren gegenüber ferner nicht mehr die Hälfte der Armee ausmachen. Wir wollen die jüngere, nicht steuerzahlende, nicht producirende Altersklasse, die das nächste Interesse hat, sich für Vater und Mutter, Bruder und Schwester zu schlagen, in die Feldarmee bringen. Ich habe selbst Landwehr-Rekruten in 4 Wochen ausgebildet, sie vergessen den Dienst sofort, sie sind keine Soldaten, wenn eine Mobilmachung sie ruft, und wir haben bei Ausbruch eines Krieges nicht Monate Zeit, um ihre Erinnerung aufzufrischen. Mit dem ersten Rufe muß die Armee sprungfertig sein. Von ihren Anforderungen an das Land zurückzutreten ist für die Regierung unmöglich, wenn sie nicht etwas vor ihrem Gewissen Unverantwortliches thun will. Im Herzen hat sie das feste Vertrauen, daß sie das Rechte will und das Minimum verlangt. Die Landwehr ist und bleibt, was sie nach dem Gesetze von 1813 war, dazu bestimmt, das stehende Heer, das ins Feld rückt, zu unterstützen. Verweigern Sie die Verstärkung der Armee und die Stärkung der preußischen Kriegsverfassung, so wird die letztere

zu einem bloßen Buchstaben, und unser Staat verliert die Fähigkeit, der Hort und Schirm Deutschlands zu sein. Ihm bleibt dann nur eine sichere Aussicht, die Aussicht auf sein Ende. (Unruhe und Bewegung.)

M. H., das ist meine innige Ueberzeugung, die bei Ihnen die Achtung finden wird, die ich vor der Ihrigen habe. Nehmen Sie mir diese Ueberzeugung, wenn Sie können, aber durch Argumentationen, nicht mit Partei-Schlagwörtern, die sie nicht ändern können! Bleibt die Sache in ihrer bisherigen Unvollendung oder wird die Regierung genöthigt, das, was sie geschaffen, zu aboliren, dann bleibt nichts übrig, als die Aussicht auf das Ende. Wenn Preußen die Reorganisation abschafft, um dem theoretisch ganz wohlbegründeten Verlangen, auch dem Budgetrecht zu entsprechen, so ist unser Ansehen in Europa zerstört. Das ist die Ueberzeugung, die mich tief durchdringt, und Sie begreifen, daß das Streben nach Selbsterhaltung beim Staate, wie beim Individuum nicht nur ein starkes, sondern auch ein gerechtfertigtes ist (Bravo rechts!).

Abg. Faucher: Es ist etwas unbehaglich, über die Militärfrage zu sprechen, in dem Moment, in welchem man die Fruchtlosigkeit dieser Debatte sich im Voraus hat beweisen lassen müssen. Aber wir müssen doch unser Verfahren vor dem Lande rechtfertigen. Zunächst war der Hr. Kriegsminister nicht sehr glücklich mit seinem Vergleich des Budgets von 1820 mit dem heutigen, denn unsere Budgets werden brutto bilancirt u. seitdem sind neue Etats hinzugekommen, bei denen Brutto- und Nettobetrag erheblich auseinandergeht, z. B. der Eisenbahn-Etat.

Mit den Zahlen der Statistik zu kämpfen, ist immer mißlich, denn noch mehr, als das Recht, hat die Statistik eine wächserne Nase. Die wichtigste Seite der Frage ist nicht die finanzielle, sondern die volkswirthschaftliche. Wir werden von der Regierung nicht blos aufgefordert 41 Millionen, sondern 240,000 M. zu bewilligen, von der Arbeit weg zu bewilligen, die vom Pfluge, von der Werkstätte weg in die Kaserne gewiesen werden. Der durch diese Lahmlegung der Arbeitskräfte veranlaßte Schaden ist keineswegs allein nach dem Arbeitslohne zu veranschlagen und dem Produkt der Arbeit, die nicht verrichtet wird, sondern vor Allem nach dem Ausfall in den Ersparungen der Nation und der Verminderung von Werkstätten, weil eben Arbeitskräfte fehlen, also nach dem Verlust an Kapital und Wohlstand. Will man diese lahmgelegte Arbeitskraft berechnen, so muß man zuvörderst die weibliche Arbeit bei Seite lassen; denn von ihr darf man nicht verlangen, daß sie die männliche ersetzen soll, nachdem die nationale Sitte, die zu dem Heiligsten der Nation gehört, was eben durch die Heeresverfassung geschützt werden soll, über die Arbeitstheilung zwischen den Geschlechtern entschieden hat. Da ferner die männliche und weibliche Arbeit in einer inneren Beziehung zu einander steht, so wird durch die Lahmlegung der männlichen Arbeitskraft zugleich auch weibliche mit lahm gelegt: wie, wenn weniger mähen, desto weniger die Garben binden. Auch sind die Jahre des Dienstes, die die Regierung verlangt, die besten Arbeitsjahre, nicht die minder produktiven, wie der Herr Kriegsminister behauptet hat.

Durch eine Armee von 200,000 Mann werden 5 Procente, 1/20 der produktiven Kraft der Nation lahmgelegt, was einem Schaden von 100 Millionen Thalern pro Jahr entspricht: das ist der wahre Preis, der für die Armee gezahlt wird. Dieser Verlust wird weniger in der Consumtion gespürt, als in den Ersparungen. (Sie entschuldigen, m. H., diesen akademischen Ton, aber der Hr. Kriegsminister hat ihn zuerst angeschlagen und er ist vielleicht der beste, um eine leidenschaftslose Behandlung der Sache zu ermöglichen.) In den letzten Jahren ist unsere Bevölkerung um 1% im Jahre gewachsen, in den Jahren der zweijährigen Dienstzeit (von 1835—49) jährlich fast um 2%. Diese Differenz bedeutet für eine Nation von 19 Millionen innerhalb 30 Jahren ein Wachsthum bis auf 26 oder 34 Millionen, also einen Unterschied von 8 Millionen Menschen, die doch eine Art von Eroberung sind, die uns entgehen soll, vielleicht eine werthvollere als eine durch Waffengewalt unterworfene Masse von 8 Millionen. — Wer ist denn nun der Sachverständige in der Frage, ob die Einrichtung richtig gegriffen ist oder drückt? Der Statistiker ist es am wenigsten, ein Minister auch nicht und einen Minister der Volkswirthschaft haben wir nicht. Der einzige Sachverständige sind die 19 Millionen selbst, also ihre Vertretung. Denn was uns auf unsere Sitze in diesem Hause gehoben hat, ist lediglich die Reaction gegen die ins Leben getretene Reorganisation der Armee, die an jedem Tische jedes Bauernhauses empfunden wird, in dem zwei Söhne fehlen statt des einen, der früher für die Armee verlangt wurde.

Und dies Urtheil ist durch keine Drohungen oder Schmeicheleien der Landräthe, durch kein Amtsblatt und keine Provinzial-Correspondenz zu ändern. Was ist da natürlicher, als daß die Regierung, bevor sie ihren Reorganisationsplan vorlegt, dieses Haus fragt: glaubst du, daß diese gewisse Friedensstärke ohne Schaden für das Land getragen werden kann? Die Rücksicht auf andere benachbarte Staaten ist nur für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein wichtiger Gesichtspunkt, aber diese diplomatische Beurtheilung der Frage erschöpft sie nicht, sondern berührt nur eine Seite von ihr. Viel hängt zur Ermittelung des wahren Volkswillens von der Fragestellung ab und der richtigen logischen Reihenfolge der Frage. Man muß fragen, zuerst, wie stark darf der Friedensstand der Armee sein und dann: wie verbindet man mit diesem Friedensstande die möglichste Kriegsstärke? Die Regierung wird dann durch größeren Fleiß die Ausbildung der Mannschaften beschleunigen und folglich die Dienstzeit abkürzen, deren gesetzliche Feststellung dann später erfolgen kann. — Der Hr. Kriegsminister hat gewünscht, daß die politischen „Schlagwörter" aus der Debatte entfernt bleiben, er hat aber selber eines gebraucht, sein „Non possumus" dem Hause gegenüber. Dieses „Non possumus" zwingt uns über die Köpfe der jetzigen Minister hinweg mit den Ministern der Zukunft zu verhandeln, um die Verirrung von vor 5 Jahren zu vermeiden. Damals sagte man: Wenn Ihr nicht bewilligt, so dankt Hr. v. Patow ab, und jetzt könnte man bald hören: Wenn Ihr nicht bewilligt, so bleibt Hr. v. Bodelschwingh! (Heiterkeit.)

Die Möglichkeit eines Wechsels im Ministerium liegt nicht fern; denn welches Interesse sollte die Krone haben, ein Ministerium im Amt zu lassen, das seit drei Jahren mit der Landesvertretung im Conflict liegt; während, wenn die Krone jenes Wort „Ich will Frieden mit meinem Volke" in Erfüllung bringt, Preußen ein Verfassungsstaat wird, der erste des Continents und dem englischen am nächsten stehend. Was steht uns in diesem Falle bevor? Bei der Entwickelung unserer Industrie, bei der Sicherheit in der socialen Frage, die wir dem Abgeordneten für Berlin verdanken, würde dieses Haus, dessen Debattirfähigkeit bewiesen ist, an Ansehen mit dem Unterhause Englands wetteifern. Und was steht uns im andern Falle bevor? Wenn man einem Professor ein Recept abverlangte, wie ein Land zu ruiniren ist, so könnte er nur rathen: erstens ein Haus Jahre lang debattiren zu lassen, dem man seine Rechte nimmt, alsdann den Richterstand zu maßregeln, wenn er sich in die Politik mischt, und wenn das alles nichts hilft, die Schulmeister zu maltraitiren, damit man wenigstens für die Zukunft wirkt. (Beifall.)

Abg. Waldeck: Ich acceptire das, was Boyen, der Schöpfer der Landwehr, gesagt hat, der Prozentsatz der Bevölkerung ist durchaus kein Maßstab für die Armee, ihre Zahl richtet sich nach den Verhältnissen des Staates. Das besagt auch der § 3 des Gesetzes von 1814, das Palladium, auf dem wir stehen. Wie kann man einen Vergleich mit Oesterreich hereinziehen? Oesterreich bedarf eines großen stehenden Heeres, es kann das Landwehr-System nicht acceptiren, denn es ist zusammengesetzt aus Stämmen verschiedener Sprache und zum Theil widerwilligen Nationen; da ist das stehende Heer das instrumentum regni. Ich achte und schätze Deutsch-Oesterreich so hoch, wie es nur irgend Jemand thun kann, ich sehe da überall gesunden Fortschritt. Das Feudal-System ist abgeworfen, eine Gemeinde-Ordnung geschaffen, kurz seit 1848 ein Fortschritt von 300 Jahren gemacht, aber die Armee ist ein noli me tangere; sie ist es, weil keine Homogenität der Bevölkerung, keine Homogenität des Culturzustandes vorhanden ist. Beides hat Preußen voraus und auf diesen Vorzügen beruht das Gesetz von 1814, welches wir aufrecht erhalten müssen. Der Herr Kriegsminister hat die Sache hier wie in der Commission von rein technischem Standpunkte aus behandelt; es kommt aber gar nicht auf alle die Fragen an, die er berührt hat, sondern darauf, daß wir mit gesetzlichen Factoren rechnen, daß die wirthschaftlichen Interessen durch die Aushebung nicht gefährdet werden, daß die Landwehr, die gesetzlich dem stehenden Heere gleichsteht, nicht zurückgesetzt wird.

Ein stehendes Heer mit siebenjähriger Dienstzeit und mit 63- bis 70,000 Mann jährlicher Aushebung läßt keinen Raum für die Landwehr. Die Landwehr, von der wir reden, haben Sie (zu den Ministern) in Linie verwandelt; die Landwehroffiziere sind in die Linie eingestellt worden und haben ihre Stellung vollständig ausgefüllt; zu Recht ist diese Maßregel aber nicht geschehen. — Im Jahre 1856 hat ein sachverständiger Offizier berechnet, die preußische Friedensarmee zähle 124,000, die Kriegsarmee 413,000 Mann an stehendem Heer und Landwehr ersten Aufgebots; welche Summe war da noch mit den übrigen wehrhaften Kräften zu erreichen und welchen Respect hatte man vor Preußen? Sagte man doch 1831 in Frankreich: „La Prusse a une innombrable Landwehr!" — Die Frage will vom politischen Gesichtspunkte beurtheilt sein. Man rühmt die Heeres-Verfassung Friedrich Wilhelm's I., aber man schweigt über den Druck, unter welchem das Heer zu Stande gekommen, der zu den Flüchen des 18. Jahrhunderts gehörte. Und als nun der große Heldenführer nicht mehr war, als das System des Heeres und des Staates Bankerott machte, wer hat da den Staat aufgerichtet und gerettet, wer anders, als die Landwehr, die Sie vernichten wollen? Sie wollen keine Landwehr haben mit Offizieren aus dem Volke, Sie wollen die Landwehr in den Hintergrund stellen; darum bekämpfen wir die Reorganisation. Wir wollen nicht Millionen bewilligen, um unsere volksthümlichen Institutionen zerstören zu lassen.

Auf solchem Boden können wir nicht von Versöhnung sprechen; wir kämpfen nicht gegen Personen, wir kämpfen gegen ein System. Man sage uns doch nicht, es sei unmöglich, die Reorganisation rückgängig zu machen. Nichts ist leichter als das! Man belasse die Commandeure der neuen Regimenter, entlasse die überflüssigen Soldaten im Frieden; dann haben wir die Landwehr wieder und eine treffliche Ausrüstung für sie dazu. Ein Calculator kann das jetzige Rechnungswesen in 14, ja in 8 Tagen wieder auf den alten Fuß bringen und alle Welt ist zufrieden. Dagegen verlangt man von uns einfache Unterwerfung. Unter solchen Umständen ist freilich eine Verständigung nicht möglich, am wenigsten im jetzigen Augenblick und mit dem jetzigen Ministerium. Für Zukunftsminister brauchen wir freilich auch nicht zu arbeiten; wir stellen nach bestem Wissen und Gewissen die Grundsätze fest, nach denen wir das Budget bewilligen können, das ist unsere Aufgabe. Geben wir die Hoffnung auf Verständigung auf und halten wir das Recht fest, welches wir seit 4 Jahren vertheidigen: dann thun wir nichts, als was wir thun müssen. (Beifall).

Abg. Virchow: Ich kann nicht umbin, meine Befriedigung über den objectiven Ton, in welchem der Herr Kriegsminister die Sache heute behandelte, auszusprechen, und constatire zugleich, daß er keinen Satz des allgemeinen Berichtes bemängelt hat. Er sagt aber, wir suchten zu verhindern, daß die Armee so stark sei, wie er sie zu machen für Pflicht halte, daß sie uns zu stark sei: — davon habe ich im Bericht nichts gefunden. Das Gesetz vom 3. September 1814 kennt den Ausdruck „Armee" nicht. Auch wir wollen die Wehrkraft des Landes möglichst entwickeln, aber nicht wie der Herr Kriegsminister, durch eine große stehende Armee. Zur Führung großer Kriege muß die ganze Jugend kriegerisch ausgebildet werden. Ich acceptire also den Grundsatz der stärkeren Aushebung, aber nicht den Vordersatz, den der Herr Kriegsminister aufgestellt hat, und bei dem er den Standpunkt des Staatsministers nicht lange festgehalten hat, sondern rasch zu dem des Kriegsministers wieder zurückgekehrt ist. Ich gebe zu, daß man bei Annahme der allgemeinen Wehrpflicht die Armee nach den Verhältnissen bemessen muß, aber ich frage weiter: wie viel Geld hat man jährlich für diesen Zweck zu verwenden, da jedes andere Verfahren ohne Erledigung dieser Frage zum Staatsbankerott führen muß.

Die von dem Hrn. Minister angezogene Broschüre von Engel beweist nichts. (Der Redner vergleicht die Ziffern dieser Broschüre mit denen des diesjährigen Etats und des General-Berichts.) Bei der jetzigen Sachlage kommen wir zu wachsenden Einnahmen, und durch Solderhöhung, Festungsbauten ꝛc. zu einem Militär-Etat von 55 Millionen, und das in kurzer Zeit. Da kommt es nicht auf die Ziffern des Jahres 1861 an, sondern auf die Folgen des ganzen Systems, in dessen Mitte wir uns befinden. Daß die Regierung den Sold erhöhen will, aber in diesem Jahre noch nicht erhöhen kann, beweist am besten den Druck der abnormen Sachlage. Sie will die Wehrkraft stärken und vermag nicht der ersten und dringendsten Anforderung zu genügen und den einzelnen Mann von dem Druck zu befreien, der auf ihm lastet. Wenn die Regierung nach meinem Grundsatz verfährt, alle wehrhaften Männer auszubilden, aber zuvor zu fragen, wie viel Geld sie dazu hat — so kommt sie von selbst zu den Concessionen, die wir fordern. Von Staaten, die ihrer materiellen Zerrüttung von Jahr zu Jahr mehr entgegengehen, wie Frankreich und Oesterreich, können wir die Modelle für unsere Heereseinrichtung nicht entnehmeu.

Napoleon würde entschieden nicht eine so große Armee unterhalten, wenn er sie nicht für die Sicherheit seiner Person und Dynastie brauchte, wenn er nicht durch äußere Evolutionen den Mangel innerer Entwickelung übertünchen müßte. Auf diesen Boden kann und wird weder dies Haus, noch unser Volk dem Herrn Minister folgen, weil wir trotz der größten Erfolge nach außen den Sinn für unsere innere Entwickelung nicht aufgeben würden. Eben so wenig sollen wir unsere Modelle von kleinen Staaten nehmen, namentlich nicht von der Schweiz, deren Wehrsystem sich noch erst in einem Volkskriege zu bewähren hat. Warum aber die Modelle draußen suchen, wenn wir eines an unserer Landwehr besitzen? mag sich ihre ursprüngliche Gestalt auch in eine Karrikatur verwandelt haben. Als man im Beginn der Reaction die Landwehr mit der Linie zu verschmelzen dachte, da erklärten die Schöpfer der ersteren, das heiße sie an der Wurzel schädigen und Grolmann und Boyen standen bis an ihr Ende für die ursprügliche Gestalt der Landwehr ein. Ob die Landwehr-Rekruten ein „elender Nothbehelf" gewesen, wie der Hr. Minister sagt, darüber will ich mit ihm nicht rechten; aber die kurze Dienstzeit ist von erfahrenen Militärs gutgeheißen und im dänischen Kriege schlugen sich Rekruten sehr tapfer und wurden mit Erfolg verwendet.

Sagt der Herr Kriegsminister, die dreijährige Dienstzeit sei gesetzlich, so erwidern wir ihm, daß bei einem so hohen Armeestande die Finanzen nicht ausreichen. Auch mit der Bildung der Offiziere, die die Regierung in Kadettenhäusern ausbilden und sich in exclusiven Verhältnissen bewegen läßt, mit den Avancements-Bestimmungen sind wir im Interesse der Wehrhaftigkeit nicht einverstanden. Statt tüchtige Elemente aus dem Unteroffizierstande heranzuziehen, schafft man eine Hierarchie, einen Staat im Staate und kommt schließlich zum Verfassungs-Conflict. Durch einen volksthümlichen Offizierstand würden viele Klagen im Lande beseitigt werden und nicht mehr von der Gefahr für die innere Freiheit, die von einer starken Armee ausgeht, die Rede sein. Das wäre ein Schritt zur Verständigung, wenn die Regierung offen an das Volk heranträte und Offiziere anstellte, ohne zu fragen, woher sie stammen, nur nach ihrer Tüchtigkeit; dann würde man nicht tüchtige Elemente zurückweisen; Viele würden es für eine Ehre halten, auch in niederen Stellungen zu dienen und die Pensionskasse würde nicht ohne Noth belastet.

Wir Alle theilen den Standpunkt, daß es uns Herzenssache ist, Preußen groß und stark zu sehen. Aber die Regierung täuscht sich darüber, wenn sie meint, daß Preußen, wie es jetzt da ist, künstlich als eine Großmacht zu erhalten sei (Zustimmung), wenn sie Preußen so hinstellt, als müßte es Deutschland beschirmen, während dies eine solche Beschirmung gar nicht will (Links: Sehr wahr!), sie muß Preußen vielmehr so hinstellen, daß Deutschland auch für uns ein Schirm ist. (Beifall.) Der Standpunkt, daß Sie Deutschland schirmen und bewahren wollen, den erkennt man im übrigen Deutschland nicht an, man nennt ihn Ueberhebung. (Beifall.) Der Herr Kriegsminister sagt, Preußen kann auf die Dauer die Rüstung nicht tragen, also muß es aus der Rüstung heraus. Wenn aber ein Großstaat nichts Anderes sein soll, als nur ein Staat, an dem Ruhm und Ehre haftet, dann kann man damit weder Preußen nützen, noch Deutschland befreien. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein Großstaat muß seinen Zweck erfüllen. Dieser Zweck ist, daß der Staat seinen Bürgern so großen Schutz gewähre, als sie für die Entwickelung ihres Culturzustandes, für Bildung, Wohlstand, Freiheit gebrauchen. Das kann der Kleinstaat nicht, darum ist der Großstaat ein civilisatorischer Staat. Aber das kann man mit dem Heere allein nicht erreichen, das Heer ist nur Mittel zum Zweck (Beifall). Wenn Sie sich klar machen, daß der Großstaat fest diesen civilisatorischen Zweck verfolgen muß, um jedem Bürger die freie Entfaltung seiner Kräfte zu gestatten, dann werden Sie auch immer eine Armee haben, so groß wie sie Ihnen nothwendig erscheint (Lebh. Beifall).

Das Haus beschließt, die Discussion bis morgen zu vertagen. Auf eine persönliche Bemerkung des Abg. v. Vincke, die gegen den Abgeordneten v. Saucken gerichtet ist, erwidert der letztere, daß er ihn, wie er sich aus dem stenographischen Bericht überzeugt, falsch verstanden habe, und daß er folglich seine Aeußerung zurücknehme. Es sei außerordentlich schwer, dem Herrn Abg. (v. Vincke) in jedem Wort zu folgen.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung morgen (Dinstag) 10 Uhr.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 20. März. Der Senat hat mit ziemlicher Majorität die Abschaffung der Todesstrafe verworfen. (W. T.-B.)

Madrid, 20. März. Die Besoldung des Gesandten bei Franz II. ist im Budget gestrichen worden. (Wolff's T. B.)

Wien, 20. März. Gegenüber der Correspondenz der „Hamburger Nachrichten" aus Schleswig, worin der dänischen Regierung der Vorwurf gemacht wurde, sie bereite durch ihre widerstrebende Haltung den Verhandlungen der in Kopenhagen tagenden Liquidations-Kommission fortdauernd Schwierigkeiten, vernimmt die „General-Correspondenz", daß amtlichen Nachrichten zufolge diese Beschuldigungen vollkommen unbegründet seien.

Paris, 20. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Wahl des Deputirten Bravay mit 184 gegen 45 Stimmen für giltig erklärt.

Beim Empfange der Deputation des Senats, welche ihm die Adresse überreichte, erwiderte der Kaiser: Es hat Mir stets eine lebhafte Genugthuung bereiten, zu sehen, wie die Handlungen Meiner Regierung durch die erste Körperschaft des Staates eine gerechte Würdigung finden. Man empfindet zwar in jedem Jahre beim Beginn der Diskussionen anfänglich eine gewisse Beunruhigung. Man könnte meinen, daß die Meinungsverschiedenheiten dem Zustandekommen einer jeden Verständigung hindernd in den Weg treten werden. Aber bald bricht die Wahrheit sich Bahn. Die Wolken zerstreuen sich, die Gemüther beruhigen sich, und die fast einstimmige Votirung der Adresse beweist die vollkommene Uebereinstimmung, welche zwischen der Regiegierung und den berathenden Körperschaften herrscht.

Montesquieu sagt: Beklagen wir uns nicht über Meinungsverschiedenheiten, so lange sie nur gestatten, uns über die Harmonie Glück zu wünschen, welche in dem einen Gedanken der Stetigkeit, der Ordnung und des Fortschrittes die Mitglieder der berathenden Versammlungen vereinigt, welche ihr persönliches Verdienst und dem Lande geleistete Dienste würdig erscheinen ließen, sei es für die Wahl des Volkes, sei es für die des Souveräns.

Seien Sie, Meine Herren Senatoren, beim Senate die Dolmetscher Meiner Gefühle und Meines Vertrauens zu seiner Einsicht und zu seiner Vaterlandsliebe.

Berliner Börse vom 20. März 1865.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	102⅜ B.
Staats-Anl. von 1859	5	106⅜ bz.
dito 1850, 52	4	98½ bz.
dito 1853	4	98½ G.
dito 1854	4½	102½ bz.
dito 1855	4½	102½ bz.
dito 1856	4½	102½ bz.
dito 1857	4½	102½ bz.
dito 1858	4½	102½ bz.
dito 1864	4½	102½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129¾ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅝ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	87½ G.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	87¼ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	96½ bz.
Pfandbriefe. dito neue	4	95⅞ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99 bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	99 bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	97 G.
Rentenbriefe. Preussische	4	99 bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	99 bz.
Rentenbriefe. Sächsiche	4	99 G.
Rentenbriefe. Schlesische	4	99 bz.
Louisd'or 111 G.		Oest Bkn. 90⅞ bz.
Goldkronen 9. 9 G.		Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	64¾ bz.
dito Nat.-Anl.	5	70¾ bz.
dito Lott.-A v. 60	5	84¼ à ½ bz.
dito dito 64	—	53⅝ G.
dito 54er Pr.-A.	4	80 bz.
dito Eisenb.-L.	—	78½ B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	88⅛ bz
dito Holl. Anl. 1864	5	89 B.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73½ bz. u. G
Poln-Pfandbr III Em.	4	76 etw. bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl	4	89¾ B.
dito à 300 Fl.	5	92 b.
dito à 200 Fl	—	— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¾ B.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30 etw. bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	101½ B
dito II.	4½	101¼ B.
dito IV.	4½	99¼ G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83¾ bz.
Cöln-Minden	4½	101¾ G.
dito II.	5	104¾ B.
dito	4	94¾ B.
dito III.	4	93 "
dito	4½	101¼ bz.
dito IV.	4	92⅝ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	91 B.
dito III. Em.	4½	97¾ B.
Galiz. Ludwigsb	5	86 bz u. G.
Niederschl.-Märk.	4	97 B.
dito conv.	4	97 G
dito III.	4	94¾ B.
dito IV.	4½	101¾ B.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102 bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	95¼ G.
dito D.	4	95¼ G.
dito E.	3½	84¼ bz.
dito F.	4½	101⅝ bz.
Oest.-Franz.	3	257 bz u. G.
Oest. südl. St.-B.	3	241 bz. u. B.
Rhein. v. St. gar.	4½	102½ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	101 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	4 7/30	3½	100½ G.
Aachen-Mastrich	—	—	4	40 bz.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	118¼ G.
Berg.-Märkische	6½	—	4	140 bz.
Berlin-Anhalt	9¾	—	4	192¼ B.
Berlin-Görlitz	—	—	4	90 G.
dito St.-Prior.	—	—	5	98½ etw. bz.
Berlin-Hamburg	7¼	—	4	149½ G.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	—	4	212½ bz.
Berlin-Stettin	8⅛	—	4	134¼ bz. (i. D.)
Böhm.-Westb.		—	5	73¼ bz.
Breslau-Freib.	7½	—	4	143¼ bz.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	208 bz.
Cosel-Oderberg	1½	—	4	62 à ½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	89 B.
dito dito	—	—	5	93 bz.
Galiz. Ludwigsb.	6	—	5	99 à ¼ bz. u. G.
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅕	4	149 B.
Magd.-Halberst.	22⅗	—	4	229½ bz.
Magdb.-Leipzig	17	—	4	259 B.
Mainz-Ludwigsh	7	—	4	132⅝ bz.
Mecklenburger	2½	—	4	77½ bz.
Neisse-Brieger	4⅛	—	4	91¼ G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97¼ bz.
Niederschl. Zwgb	2⅜	—	4	86 B.
Nordb., Fr.-Wilh.	3 7/12	-	4	77⅝ à ⅛ à ½ bz.
Oberschles. A	10½	—	3½	169½ bz.
dito B.	10½	—	3½	150 B
dito C.	10½	—	3½	169½ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	117¾ à ½ bz.
Oest. südl. St.-B.	8	—	5	146 G.
Oppeln-Tarn	2½	—	4	81 bz.
Rheinische	6	—	4	111¾ bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	115 bz
Rhein-Nahebahn	—	—	4	30⅝ à ¾ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	5	6⅔	3½	104½ B
Stargard-Posen	4⅚	—	3½	97¼ bz. (i. D.)
Thüringer	7⅗	—	4	135½ bz.
Warschau-Wien	—	—	5	67 à ¼ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	129 G.
Braunschw. B.	—	—	4	85 B.
Bremer Bank.	5⅘	7 3/10	4	114 bz.
Danziger Bank.	6	7½	4	111 Klgkt. bz.
Darmst. Zettelb.	6	—	4	103 B.
Geraer Bank	7	8	4	107 etw. bz.
Gothaer "	6½	—	4	102⅛ B.
Hannoversche B.	5⅕	—	4	100½ B.
Hamb. Nordd. B.	6⅜	7⅝	4	115¼ bz.
" Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	106 etw. bz
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	109½ G.
Luxemburger B.	9	—	4	87¾ Klgkt. bz.
Magdeburger B.	4½	—	4	102 G
Posener Bank.	5 8/15	7	4	101⅝ B.
Preuss. Bank.-A.	7 37/40	—	4½	148 B.
Thüringer Bank.	4	4	4	77¼ Klgkt bz
Weimar "	5½	—	4	100 bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	—	4	113 B.
Coburg. Credb. A.	7	—	4	100¼ B.
Darmstädter "	5½	—	4	92¼ bz. u. G.
Dessauer "	—	—	—	3¼ p. St. G.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	103⅝ bz.
Genfer Credb. A.	1	—	4	41 i. P. bz.
Leipziger "	4	—	4	86¼ etw. bz. (i D.)
Meininger "	7	—	4	100⅜ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	2½	—	4	41⅞ à 42⅛ bz. u. G.
Oesterr. Credb. A.	6	—	5	83½ à ¼ bz. u. G.
Schl. Bank-Ver.	6	—	4	109 B.
Minerva	—	—	5	31¾ B
Fbr. v. Eisenbbfd.	8	—	5	115 bz.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 20. März, Nachm. 3 Uhr. Das Geschäft war im Allgemeinen gering. Die Börse eröffnete ziemlich fest, wurde dann, als Credit-Mobilier stark ausgeboten wurde, flauer und schloß still. Die Rente begann zu 67, 20, hob sich auf 67, 25, fiel auf 67, 12½ und wurde schließlich zur Notiz gehandelt. Credit-Mobilier eröffnete zu 875, hob sich auf 877, 50, fiel auf 860 und stieg auf 862, 50. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89⅛ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 20. Ital. 5proz. Rente 64, 55. 3proz. Spanier 43¼. 1proz. Spanier 40¾. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 438, 75. Credit-Mob.-Aktien 862, 50. Lomb. Eisenb.-Aktien 550, —.

London, 20. März, Nachm. 4 Uhr. Consols 89¼. 1proz. Spanier 40½. Sardinier 77. Mexikaner 26¼. 5proz. Russen 88½. Neue Russen 88½. Silber 61. Türkische Consols 52¼. 6proz. Ver. St.-Anl. pr. 1862 53.

Wien, 20. März, Nachm. 2 U. Matte Haltung bei stillem Geschäft. Schluß-Course: 5proz. Metall. 71, 30. 1854er Loose 88, 75. Bank-Aktien 802. Nordbahn 182. Nat.-Anl. 78, 20. Creditaktien 183, 90 Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 194, 80. Galizier 219, 50. London 111, 70. Hamburg 83 60. Paris 44, 40. Böhm. Westbahn 162. Credit-Loose 128, 90. 1860er Loose 93, 60. Lombard. Eisenbahn 241, —. Neues Lotterie-Anl. —, —.

Liverpool, 20. März, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 5000 6000 Ballen Umsatz. Markt ruhig, aber fest Amerikanische 17, fair Dhollerah 13½—13¼, middl. fair Dhollerah 11½, middl. Dhollerah 10½, Bengal 7¼.

* **Breslau,** 21. März. Wind: Süd-Ost. Wetter: schön. Thermometer Früh 9 Grad Kälte. Der Geschäftsverkehr zeigte sich am heutigen Markte kaum belebter, Preise waren daher ohne Aenderung.

Weizen wenig verändert, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 61—66 Sgr., wenig erbrochene 52—56 Sgr., erwachsene 48—50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 58 60 Sgr., wenig erbrochene 50—54 Sgr., erwachsene 42—45 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen behauptet, pr. 84 Pfd. 41—43 Sgr. — Gerste wenig Umsatz, pr. 74 Pfd. weiße 36—38 Sgr., helle 33—34 Sgr., gelbe 31—32 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 24—27 Sgr. Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken gefragt, 62—70 Sgr. — Oelsaaten fest. — Lupinen nur in trockener Waare beachtet. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapskuchen beachtet, 50—52 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen, alter	60—64—73	Erbsen	54—58—62
" " neuer	60—67	Wicken	62—64—70
Gelber Weizen, alter	58—64—68	Lupinen	45—60—72
" " neuer	57—60	Bohnen	70—78—88
Erwachsener Weizen	42—46—52		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	42—43—44	Schlag-Leinsaat	160—180—195
Gerste, neue	31—3—38	Winter-Raps	178 210—226
Hafer, neuer	23—25—27	Winter-Rübsen	175—195—210

Kleesaat schwach zugeführt, — rothe fest, ordinäre 14¾—18 Thlr., mittle 19—21 Thlr., feine 23—25½ Thlr., hochfeine 26—27 Thlr. und darüber bez., — weiße ruhig, ordinäre 13—15 Thlr., mittle 16—18 Thlr., feine 19—21 Thlr., hochfeine 22—23 Thlr. pr. Centner.

Thymothee schwach beachtet, 12—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco u. Termine 12 Thlr. Br. u. Gld., Frühjahr — Thlr., Herbst — Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12⅞ Thlr., März 12⅝ Thlr., Frühjahr 13 Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.